

Abstimmung vom 13.6.2021

## **Initiativen zur Pestizid- reduktion scheitern im Doppelpack**

**Abgelehnt: Trinkwasserinitiative (Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz») und Pestizidinitiative (Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»)**

Matthias Strasser

---

**Empfohlene Zitierweise:** Strasser, Matthias (2022): Initiativen zur Pestizidreduktion scheitern im Doppelpack. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch). Abgerufen am [Datum].

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

In den Jahren 2016 respektive 2017 lancieren gleich zwei voneinander unabhängige Komitees Volksinitiativen, die strengere Auflagen für die Landwirtschaft vorsehen, um die seit Jahrzehnten steigende Belastung von Böden und Trinkwasser zu reduzieren. So fordert ein zuvor nicht in Erscheinung getretenes Komitee aus dem Kanton Neuenburg mit der «Pestizidinitiative» die Einführung eines Pestizid-Verbotes innert zehn Jahren. Zudem sollen Produkte nicht mehr eingeführt werden dürfen, die mit Pestiziden hergestellt wurden. Ein Komitee um die Aktivistin Franziska Herren verlangt derweil mit der «Trinkwasserinitiative», dass Betriebe, die synthetische Pestizide einsetzen, prophylaktisch Antibiotika verwenden oder Futter zukaufen, keine Direktzahlungen des Bundes mehr erhalten.

Der Bundesrat lehnt beide Initiativen ohne Gegenvorschlag ab. Er begründet dies in beiden Fällen mit weitreichenden negativen Folgen für die Land- und die Ernährungswirtschaft: Die inländische Nahrungsmittelproduktion und damit die Ernährungssicherheit würden ihm zufolge abnehmen. Im Falle der Trinkwasserinitiative argumentiert die Regierung zudem, die Umweltbelastung könnte bei einer Annahme sogar zunehmen, wenn zahlreiche Betriebe aus dem System der Direktzahlungen aussteigen und ihre Bewirtschaftung stattdessen intensivieren sollten. Zur Pestizidinitiative hält der Bundesrat fest, der geplante Einfuhrstopp sei nicht mit geltenden Handelsverträgen (Bilaterale, WTO und GATT) vereinbar. Allerdings betont der Bundesrat, die Initiativen würden ein berechtigtes Anliegen aufnehmen; er wolle die Belastung von Böden und Trinkwasser im Rahmen der sogenannten Agrarpolitik 2022+ anderweitig reduzieren, die allerdings später vom Parlament sistiert werden wird.

Die beiden Initiativen werden im Parlament gemeinsam behandelt. Im Nationalrat dauert die Debatte neun Stunden und damit ausserordentlich lange, und sie verläuft emotional. Kommissionssprecher Olivier Feller (FDP/VD) erklärt, die beiden Initiativen hätten einen «extremistischen Charakter», da sie Marktgleichgewichte und Landwirtschaft auf den Kopf stellen würden. Im Falle der Pestizidinitiative fordern verschiedene Minderheiten einen Gegenvorschlag, etwa mit einer von SP, Grünen und GLP unterstützten Ergänzung des Initiativtextes, wonach Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft «grundsätzlich» verboten werden sollen. Die übrigen Fraktionen lehnen einen Gegenvorschlag jedoch geschlossen ab, mit der Argumentation, dass die Forderung zu weit ginge und die bereits erfolgten Verbesserungen in der Landwirtschaft zu wenig anerkennen würde. Im Falle der Trinkwasserinitiative votieren nebst GLP, SP und Grünen auch einzelne Vertreter:innen der FDP für einen Gegenvorschlag – auch dies reicht aber nicht für eine Mehrheit.

Im Ständerat ist die Debatte äussert kurz, die Argumente allerdings gleichen jenen im Nationalrat. Betont wird im Falle der Pestizidinitiative ins-

besondere, dass diese nicht mit internationalen Handelsverträgen vereinbar sei. Bezüglich der Trinkwasserinitiative ist die Mehrheit der kleinen Kammer der Ansicht, dass sich ein verbesserter Trinkwasserschutz besser durch die Umsetzung einer bereits beschlossenen parlamentarischen Initiative realisieren lasse.

In der Schlussabstimmung lehnt der Nationalrat die Pestizidinitiative mit 111 zu 78 Stimmen ab (7 Enthaltungen), der Ständerat mit 31 zu 9 Stimmen (4 Enthaltungen). Die Trinkwasserinitiative lehnt der Nationalrat etwas knapper mit 107 zu 81 Stimmen ab (7 Enthaltungen), der Ständerat stimmt auch hier mit 31 zu 9 Stimmen dagegen (4 Enthaltungen). Bei beiden Vorlagen ist keine Fraktion vollkommen geschlossen, aber grossmehrheitlich stimmen SVP, FDP und Mitte gegen die Initiativen, während SP, Grüne und die Mehrheit der GLP sie unterstützen.

## GEGENSTAND

Die Pestizidinitiative verlangt ein Verbot für den Einsatz synthetischer Pestizide in der Landwirtschaft, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege. Zudem soll die Einfuhr von Lebensmitteln verboten werden, die mithilfe synthetischer Pestizide hergestellt wurden.

Die Trinkwasserinitiative verlangt ebenso eine Reduktion des Pestizid-Einsatzes in der Landwirtschaft. Sie möchte diese jedoch über das System der Direktzahlungen erreichen: Betriebe, die Pestizide einsetzen, sollen keine solchen mehr erhalten. Dasselbe gilt für den prophylaktischen Einsatz von Antibiotika. Landwirtschaftliche Betriebe sollen überdies ihre Tiere mit auf dem Betrieb produziertem Futter versorgen, sofern sie sich für Direktzahlungen qualifizieren wollen. Ein Zukauf weiterer Futtermittel wäre ausgeschlossen.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Im heftig geführten Abstimmungskampf entsteht eine emotional aufgeladene Atmosphäre. Der Schweizerische Bauernverband erklärt, der Kampf gegen die «extremen Agrar-Initiativen» sei der wichtigste in der Verbandsgeschichte, nie zuvor habe er vergleichbare Mittel mobilisiert. Auf der Befürworter:innen-Seite verzichteten derweil verschiedentlich Exponent:innen auf öffentliche Auftritte, weil sie oder ihre Angehörigen wiederholt bedroht werden. Die grüne Neuenburger Ständerätin Céline Vara sieht sich gar gezwungen, Polizeischutz in Anspruch zu nehmen.

Gegen die Pestizidinitiative positionieren sich neben dem Bauernverband auch die grossen Verbände der Wirtschaft und jene der Land- und Ernährungswirtschaft (Economiesuisse, Gewerbeverband sowie die Verbände der Fleisch-, Milch-, Obst-, Getreide-, Gärtnerei- und Gastronomiebranche). Sie werden unterstützt von den geschlossenen bürgerlichen Parteien (ohne GLP, die Stimmfreigabe beschliesst). Sie befürchten grosse Einbrüche bei der heimischen Produktion wegen Ernteauffällen und warnen vor allem vor einem starken Preisanstieg für die Konsu-

ment:innen. Höhere Produktionskosten würden zudem auch exportorientierten Branchen wie etwa der Schokolade-Industrie schaden. Weiter handle es sich um landwirtschaftsfeindliche Vorlagen, die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gefährdeten und zu wenig berücksichtigten, dass diese bereits Anstrengungen zur Reduktion der Schadstoff-Ausbringung unternähme. Und der Bundesrat betont, dass eine Reduktion des Pestizideinsatzes ohnehin geplant sei: Bis 2026 werde knapp die Hälfte (45%) des offenen und des kultivierten Landes pestizidfrei sein.

Auf der Ja-Seite engagieren sich SP und Grüne, unterstützt von Umweltverbänden (Pro Natura, Greenpeace, WWF, Klimastreik), der Kleinbauernvereinigung, Bio Suisse und dem Fischereiverband. Sie argumentieren, die Schweiz müsse aus der Pestizidverwendung aussteigen, um das stattfindende Artensterben zu stoppen. Die bisher beschlossenen Reduktionen genügten nicht. Zudem leide auch die Gesundheit von Bäuer:innen unter dem Pestizideinsatz. Die Initiative sei eine Chance für eine nötige Umstellung der Schweizer Landwirtschaft. Auf das Argument steigender Preise erwidern die Befürworter:innen, Schweizer Haushalte hätten für die Ernährung nie weniger ausgegeben als zu Beginn der 2020er Jahre (7,3% der Haushaltsausgaben). Der Pestizideinsatz führe zu hohen negativen Externalitäten – höhere Preise widerspiegeln entsprechend den wahren Wert nachhaltig produzierter Produkte.

Im Falle der Trinkwasserinitiative verlaufen die Fronten und Argumentationsmuster ähnlich, mit drei Unterschieden: Erstens fasst die GLP hier die Ja-Parole, während sie zur Pestizidinitiative die Stimme freigibt. Zweitens formiert sich bei der Trinkwasserinitiative ein liberales Ja-Komitee, dem auch FDP-Vertreter:innen angehören, und die FDP Zug sowie einige Sektionen der Jungfreisinnigen gesellen sich zu den Befürworter:innen. Die liberalen und grünliberalen Unterstützer:innen argumentieren insbesondere mit den einzustellenden Direktzahlungen: Darüber subventioniere die Schweizer Bevölkerung bisher mit Steuergeldern die Zerstörung der Umwelt. Als dritter Unterschied fasst der Verband Bio Suisse zur Trinkwasserinitiative etwas überraschend die Nein-Parole: Er befürchtet, dass nach einer Annahme mehr Lebensmittel importiert werden müssten; Kritiker:innen werfen dem Verband jedoch vor, er wolle vor allem vermeiden, dass die Margen für Biolebensmittel sinken könnten, wenn viel mehr Produzent:innen auf eine nachhaltige Produktionsweise umstellen würden.

Medial werden die beiden Initiativen meist gemeinsam thematisiert, ohne grosse Differenzierungen. Beide Vorlagen für sich finden aber laut Auswertung des fög mehr Beachtung als ein Grossteil der vorangehenden Abstimmungen (fög 2021). Gemeinsam mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz (Vorlage 644) hätten die Agrarinitiativen überdies die Auseinandersetzung vor diesem Abstimmungssonntag dominiert. Das sei bemerkenswert, weil

thematisch ähnliche Initiativen (Fair Food, vgl. Vorlage 621; Ernährungssouveränität, vgl. Vorlage 622, beide 2018) nur etwa halb so viel Aufmerksamkeit erhalten hätten. Ein Grund dafür liege in den intensiven Kampagnenbemühungen. Tatsächlich stellt auch die APS-Inserate-Analyse «überaus starke Inserate-Kampagnen» (Heidelberger/Bühlmann, 2021) fest, wobei ein deutlicher Überhang zugunsten der Gegner:innen registriert wird. Die Tonalität der medialen Berichterstattung ist laut fög (2021) in der Deutschschweiz ausgeglichen, in der Westschweiz leicht negativ.

## ERGEBNIS

Auch das Abstimmungsergebnis spiegelt wider, dass im Vorfeld kaum zwischen den beiden Agrarvorlagen differenziert wurde. Pestizid- (39,4% Ja) und Trinkwasserinitiative (39,3% Ja) werden mit nahezu identischen Stimmenanteilen deutlich abgelehnt. Eine Mehrheit finden die beiden Vorlagen einzig im Kanton Basel-Stadt (57% bzw. 59% Ja). Auch darüber hinaus ist die Zustimmung stark von der Urbanisierung abhängig. In Kernstädten ist der Ja-Anteil höher, in ländlichen Regionen niedriger. Am deutlichsten fällt die Ablehnung im Wallis (23% bzw. 22% Ja) und in Appenzell Innerrhoden aus (26% Ja bei beiden Vorlagen). Die Stimmbeteiligung liegt für beide Vorlagen bei 59,8%.

Die Nachbefragung (gfs.bern 2021) zeigt, dass die Stimmenden die beiden Vorlagen gemeinsam beurteilten. Über 90% der Stimmenden haben bei beiden Vorlagen gleich abgestimmt. Die Differenzierung der GLP zwischen den beiden Vorlagen habe sich nicht einmal bei den eigenen Anhänger:innen erkennbar auf die Mehrheitsverhältnisse ausgewirkt – von ihnen gab es für beide Vorlagen knappe Ja-Mehrheiten. Wer sich politisch links verortet, habe Pestizid- und Trinkwasserinitiative generell öfter zugestimmt, wobei von den SP- und den Mitte-Anhänger:innen jeweils immerhin über ein Drittel entgegen den jeweiligen Parteiparolen stimmten. Bei beiden Vorlagen sei ein wichtiger Faktor für den persönlichen Stimmentscheid das persönliche Vertrauen in den Bauernstand gewesen. Zur Pestizidinitiative hält die Nachbefragung überdies fest, dass ein Stopp des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft generell gut akzeptiert sei und als machbar beurteilt werde, die befürchteten Preisaufschläge bei den Lebensmitteln jedoch beim Stimmentscheid überwogen hätten.

## QUELLEN

Flückiger, Bernadette, und Diane Porcellana (2022): *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Initiative pour une eau potable propre et une alimentation saine (MCF 18.096), 2018–2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 20.6.2022.

fög (2021). *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 13. Juni 2021, Schlussbericht vom 11. Juni 2021*. Zürich: Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

gfs.bern (2021). *VOX-Analyse Juni 2021. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 13. Juni 2021*. Bern: gfs.bern.

Heidelberger, Anja, und Marc Bühlmann (2021). *APS-Zeitungs- und Inse-  
rateanalyse zu den Abstimmungen vom 13. Juni 2021. Zwischenstand vom  
03.06.2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft  
der Universität Bern.

Schmezer, Ueli (2021): *Biobauern kritisieren Vorstand von Bio Suisse*. *SRF  
Kassensturz vom 6.4.2021*. Online: <https://www.srf.ch/sendungen/kassensturz-espresso/biobauern-kritisieren-vorstand-von-bio-suisse>, abgerufen am 7.7.2022.

Ziehli, Karel (2022): *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Initiative  
populaire fédérale «Pour une suisse libre de pesticides de synthèse»  
(MCF 19.025), 2016-2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Poli-  
tikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen  
am 20.6.2022.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 13.6.2021 (Abstimmungs-  
büchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäfte 18.096  
und 19.025).

Bundesblatt: BBI 2016 8433. BBI 2017 2221. BBI 2019 1101. BBI 2019 2563.  
BBI 2020 7635. BBI 2020 7637. BBI 2021 2135.